



Lübeck, 13. November 2020

Ein neuer Begegnungsort für Menschen mit Suchterkrankungen in Vorbereitung

Informationsbrief über die aktuellen Maßnahmen der Sicherheitspartnerschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

fast ein Jahr ist es nun her, dass sich die Hansestadt Lübeck und die Polizeidirektion Lübeck mit dem Abschluss einer Sicherheitspartnerschaft gemeinsam auf den Weg gemacht haben, geeignete Maßnahmen im Zusammenhang mit der Situation am Krähenteich, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der sozialen Belange aller Bürger:innen sowie insbesondere der suchtgefährdeten und suchtkranken Menschen, zu ergreifen.

Wir haben Ihre Wünsche und Anregungen nach einem persönlichen Gespräch im Tea & Talk intensiv geprüft mit dem Ergebnis, dass nach einem neuen, betreuten zentrumsnahen Standort gesucht werden soll, der den Wünschen nach einem echten Begegnungsort entspricht. Dazu gehört z.B. eine Außenfläche, mehr Raum für Ihre unterschiedlichen Bedarfe und damit insgesamt eine hohe Aufenthaltsqualität. Als Grundlage der Planungen wurde innerhalb der Sicherheitspartnerschaft ein Umsetzungskonzept erstellt. Gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO) werden auf dieser Basis momentan mehrere Standorte auf ihre Umsetzbarkeit überprüft. Zusammen wollen wir die Realisierung der neuen Begegnungsstätte im Jahr 2021 sicherstellen.

Sobald es neue Fortschritte zu vermelden gibt, informieren wir Sie rechtzeitig und werden auch noch einmal das Gespräch mit Ihnen persönlich suchen. Bis dahin bitten wir noch um etwas Geduld.

Darüber hinaus haben wir alle Informationen zu den Unterstützungsangeboten für hilfsbedürftige Menschen in der Hansestadt Lübeck auf unserer Homepage www.luebeck.de/hilfen gebündelt.

Wir danken Ihnen herzlich für die bisherige Zusammenarbeit, Ihre Kooperationsbereitschaft und trotz einiger herausfordernder Situationen in der Vergangenheit für den stets konstruktiven und respektvollen Dialog. Sollten Sie weitere Anregungen haben, teilen Sie diese gerne den Mitarbeitenden der AWO im Tea & Talk mit, die uns diese dann im Rahmen der Zusammenarbeit übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Lindenau
Bürgermeister

Norbert Trabs
Leitender Polizeidirektor Polizeidirektion Lübeck



Lübeck, 13. November 2020

Die Neugestaltung am Krähenteich geht voran

Informationsbrief über die Maßnahmen der Sicherheitspartnerschaft rund um den Krähenteich

Sehr geehrte Anwohnende,

fast ein Jahr ist es nun her, dass sich die Hansestadt Lübeck und die Polizeidirektion Lübeck mit dem Abschluss einer Sicherheitspartnerschaft gemeinsam auf den Weg gemacht haben, geeignete Maßnahmen im Zusammenhang mit der offenen Drogenszene am Krähenteich, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der sozialen Belange aller Bürger:innen sowie insbesondere der suchtkgefährdeten und suchtkranken Menschen, zu ergreifen.

Zentrale Ziele waren die nachhaltige Auflösung der Situation am Krähenteich sowie die Verhinderung der Etablierung der Drogenszene an einem neuen Standort und begleitende Unterstützungs- und Hilfeangebote für die Suchtkranken. Als Kooperationspartner unterstützen und beraten dabei u.a. die Bundespolizei, die Deutsche Bahn, die Arbeiterwohlfahrt, der Internationale Bund, der Stadtverkehr Lübeck sowie die Vorwerker Diakonie.

Mit diversen Maßnahmen im Frühjahr des Jahres, u.a. einem Rückschnitt der Hecken, verstärkten Kontrollen sowie einem umfassenden Bodenaustausch und der Neugestaltung des Platzes, konnte das Ziel der Auflösung der Szene am Krähenteich bis April gemäß der vorigen gemeinsamen Vereinbarung erreicht werden. Die öffentliche Nutzung des Platzes ist durch die Neugestaltung erfolgreich erreicht worden. Im Rahmen der weiteren Stadtentwicklung sind weitere Maßnahmen geplant.

Aktuell prüft die Hansestadt Lübeck zusammen mit dem Betreiber des Restaurants „Don Vito am Turm“ an der Ecke An der Mauer / Rehderbrücke eine weitere bauliche und optische Aufwertung des direkten Umfeldes. Das hohe Engagement des Betreibers begrüßen wir ausdrücklich.

Ferner soll das ehemalige Pumpenhaus in direkter Nähe am Krähenteich wieder genutzt werden. Geplant ist eine gemeinwohlorientierte - nicht gewerbliche - Nutzung durch die „Essbare Stadt Lübeck“ (www.luebeck.de/essbarestadt).



Die Hansestadt Lübeck freut sich auch über weitere Ideen und Anregungen rund um den Krähenteich aus der Nachbarschaft. Senden Sie Ihre Vorschläge dazu gerne an: buergermeister@luebeck.de

Auch die Wünsche und Anregungen der suchtkranken Menschen wurden nach einem persönlichen Gespräch mit den Verantwortlichen der Sicherheitspartnerschaft im Tea & Talk intensiv geprüft mit dem Ergebnis, dass nach einem neuen zentrumsnahen Standort gesucht werden soll, der den Wünschen nach einem echten, betreuten Begegnungsort entspricht und gleichzeitig keine neuen Konflikte aufkommen lässt. Dazu gehört z.B. eine Außenfläche, mehr Raum für die unterschiedlichen Bedarfe der hilfsbedürftigen Menschen und damit insgesamt eine hohe Aufenthaltsqualität. Als Grundlage der Planungen wurde innerhalb der Sicherheitspartnerschaft ein Umsetzungskonzept erstellt. Gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO) werden auf dieser Basis momentan mehrere Standorte auf ihre Umsetzbarkeit überprüft. Zusammen wollen wir die Realisierung der neuen Begegnungsstätte im Jahr 2021 sicherstellen. Darüber hinaus haben wir alle Informationen zu den Unterstützungsangeboten für hilfsbedürftige Menschen in der Hansestadt Lübeck auf unserer Homepage www.luebeck.de/hilfen gebündelt.

Wir danken Ihnen herzlich für die bisherige Zusammenarbeit, Ihre Kooperationsbereitschaft und trotz einiger herausfordernder Situationen in der Vergangenheit für den stets konstruktiven und respektvollen Dialog.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Lindenau
Bürgermeister

Norbert Trabs
Leitender Polizeidirektor Polizeidirektion Lübeck

**N I E D E R S C H R I F T****18. Sitzung des Ausschusses für Soziales**

Sitzungstermin:	Dienstag, 03.11.2020
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	20:09 Uhr
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Aydin Candan - SPD	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen	
Dr. Carsten Grohmann - CDU	
Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Dr. Marek Lengen - SPD	
Dr. Werner Vieler - AfD	
Aneta Wolter - CDU	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Nil Gersdorf - CDU	
Andreas Müller - DIE LINKE	
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL	
Dr. Axel Walther - FDP	
Lienhard Böhning - SPD	
Thomas Fürst - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Beiratsmitglieder	
Manfred Bergmann - Seniorenbeirat	
Wolfgang Domeser - Seniorenbeirat	
Christian Rettberg - Behindertenbeirat	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Thomas Rathcke - FDP	
Verwaltung	
Andrea Aewerdieck-Zorom - 1.160 - Frauenbüro	
Beate Herrmann - 2.502 - Personalrat SIE	

Sabine Klawitter - Personalrat SIE	
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Anke Seeberger - 2000.2 - Stabsstelle Integration, FB 2	
Ralf Kuschmierz - FBC FB 2	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen	
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Annette Mentz -	zu TOP 4.1
Maike Weinmann -	zu TOP 4.1
Sophie Bachmann - DIE LINKE	zu TOP 4.1
Anke Kock - Verein Frauen helfen Frauen e.V.	
Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Peter Petereit - SPD	- entschuldigt -
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Angelika Büche - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Gabriele Ulrich - SPD	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.09.2020	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Defizite und Entgeltsteigerungen der städtischen SeniorInneneinrichtungen (SIE) - Teil II	VO/2020/09298-02
3.2	Anfrage Michelle Akyurt (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Wirtschaftsplan (SIE) 2021	VO/2020/09480
3.3	NEU: Lübecker Integrationsfonds - geförderte Projekte 2019/2020	
3.4	NEU: Mitteilung zur Sanierung des Bodelschwingh Hauses	
3.5	NEU: Informationen zu Corona-Pandemie in Lübeck	
3.6	NEU: Anfrage AM Müller zum Treffen mit den AK Soziales	
4	Berichte	
4.1	Vorstellung Projekt: "Verrückt? Na und?"	
4.2	Berichtsauftrag: Senior:innentreffs in Lübeck erhalten und ausbauen	VO/2018/06778-01
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Wirtschaftsplan 2021 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)	VO/2020/09140
5.2	Dringlichkeitsantrag - Dr. Carsten Grohmann (CDU), Aneta Wolter (CDU), Nil Gersdorf (CDU), Aydin Candan (SPD), Gabriele Ulrich (SPD), Dr. Marek Lengen (SPD), Christian Steen (SPD), Gregor Voht (Freie Wähler): Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung	VO/2020/09488
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Aktionsplan Queeres Lübeck	VO/2020/08766
6.1.1	AM Candan (SPD): Änderungsantrag zu "BÜNDNIS 90 /	VO/2020/08766-02

	DIE GRÜNEN: Aktionsplan Queeres Lübeck"	
6.2	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN u. DIE LINKE: Haushaltsbe- gleitbeschluss zu VO/2020/09154 - Haushalt 2021: Zu- schusserhöhung Autonomes Frauenhaus	VO/2020/09154-22
6.3	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Armutsstrategie zum Ar- muts- und Sozialbericht - sozialräumliche Gliederung	VO/2020/09174
6.4	Beirat für Senior:innen: AT zu: Folgerungen aus Pflegebe- darfsplanung 2017-2030 (VO/2020/09309)	VO/2020/09309-01
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag des Beirats für Senior:innen betr. Pflegegelderhö- hung in städtischen Alten - und Pflegeheimen	VO/2020/09437
8	Verschiedenes	
8.1	NEU: Nachfrage zu dem Monitoring zu den Budgetverträ- gen	
8.2	NEU: Sitzungstermine 2021	
9	Ende des öffentlichen Teils	

Nichtöffentlicher Teil:

10	Genehmigung der Niederschrift	
10.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.09.2020	
11	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
12	Berichte	
13	Beschlussvorlagen	
14	Verschiedenes	

Öffentlicher Teil:

15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Be- schlüsse	
----	--	--

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der stellvertr. Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Bachmann, Frau Weinmann und Frau Mentz von Der Brücke gGmbH, sowie den Beirat für Senior:innen und die Personalrat der SIE und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der stellvertr. Vorsitzende entschuldigt den Vorsitzenden, der an der Sitzung nicht teilnehmen kann.

Herr Senator Schindler bittet um Verständnis, dass aufgrund der Corona-Pandemie jeweils nach 50 Minuten eine 10 minütige Lüftungspause vorgenommen wird, welches zum Schutze aller erfolgt.

Der stellvertr. Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Herrn Lienhard Böhning mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein“.

Der stellvertr. Vorsitzende weist auf die Nachtragstagesordnung mit TOP 3.2 – Antrag mit der VO 2020/09480 und dem Dringlichkeitsantrag unter TOP 5.2 mit der VO 2020/09488 hin. Zusätzlich verweist er auf den Änderungsantrag VO 2020/08766-02, der als Tischvorlage vorliegt.

Frau Akyurt führt aus, dass die Beantwortung ihrer gestellten Anfrage VO 2020/09480 unter TOP 3.2 unter Hinzuziehung von von Sachverständigen erfolgen sollte, die nicht anwesend sind und bittet daher den Antrag zur nächsten Sitzung zurückzustellen. Sie führt weiterhin aus, dass es im letzten Absatz richtigerweise heißen muss: ...die gestellten Fragen 1-6.... statt ... Fragen 1-4... .

Der stellvertr. Vorsitzender läßt über die Dringlichkeit des Antrags mit der VO 2020/09488 abstimmen.

Abstimmungsergebnis zur Dringlichkeit der VO/202009488	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	2
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Die erforderliche 2/3 Mehrheit ist gegeben und der Antrag ist damit unter Bejahung der Dringlichkeit angenommen.

Der stellvertr. Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnungspunkte TOP 3.1, TOP 5.1, TOP 5.2 und TOP 7.1 zusammen zu beraten.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP abstimmen

Der stellvertr. Vorsitzende läßt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	4
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

“

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.09.2020

Herr Voht bemerkt, dass dem Protokoll hinzuzufügen ist, dass bei dem Antrag unter TOP 5.5 die FREIEN WÄHLER ebenfalls als Antragsteller fungierten.

Weitere Wortmeldung gibt es zum Protokoll nicht.

Die Niederschrift ist unter Berücksichtigung dieser Ergänzung in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

**zu 3.1 Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN):
Defizite und Entgeltsteigerungen der städtischen SeniorInneneinrichtungen
(SIE) - Teil II
Vorlage: VO/2020/09298-02**

Es erfolgt die gemeinsame Beratung der TOP 3.1, TOP 5.1, TOP 5.2 sowie TOP 7.1.

Herr Wadehn führt in das Thema ein und stellt das Konzept der Pflegeversicherung anhand einer Präsentation vor.

Weiterhin präsentiert er Eckpunkte zum Wirtschaftsplan und Entgeltverhandlungen der Städtischen SIE.

Hierzu spricht Herr Fürst.

Herr Dr. Grohmann hinterfragt die Befangenheit von Herrn Fürst zu diesen Tagesordnungspunkten.

Nach einem verbalen Austausch hierzu schlägt Herr Senator Schindler vor, dieses durch das Rechtsamt für kommende Sitzungen prüfen zu lassen. Eine Abstimmung über die Befangenheit findet nicht statt.

Herr Voht hinterfragt, warum eine Präsentation zur Pflegeversicherung erfolgt ist.

Es folgt eine ausführliche und kontroverse Debatte zu den verschiedenen Anträgen und zu dem gesamten Themenkomplex unter Beteiligung von Frau Akyurt, Frau Friemer, Herr Voht, Herr Müller, Herr Fürst, Herr Dr. Grohmann, Herr Rathke, Herr Dr. Walther und Herr Hönel.

Frau Akyurt stellt den Antrag zur Einberufung einer Sondersitzung zu dem Thema.

Abstimmungsergebnis zur Einberufung einer Sondersitzung	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	7
	Nein-Stimmen	7
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Damit ist der Antrag für die Sondersitzung abgelehnt.

Im Anschluss einigt sich der Ausschuss darauf, dieses Thema nochmal komplett in der kommenden Ausschusssitzung am 01.12.2020 zu beraten, um die aufgeworfenen Fragestellungen (Pfleagesatzverhandlungen, Kostensteigerungen Eigenanteile, Optimierung der IST-Kosten, Anteil Eigenanteilserhöhung an der Kostenreduzierung) eingehend bzw. abschließend zu besprechen.

Beschluss:

Anfrage in der Sitzung des Hauptausschusses am 08.09.2020 durch AM Dr. Axel Flasbarth.

Wie von AM Dr. Flasbarth gewünscht, erfolgt eine zweiteilige Beantwortung.

Die Fragen 1 und 2 und 12 bis 14 wurden mit der Vorlage VO/2020/09298-01 beantwortet.

Die Beantwortung der Fragen 3 bis 11 erfolgt mit dieser Vorlage.

Die städtischen SeniorInneneinrichtungen (SIE) vermeldeten für 2019 ein Defizit von 3,1 Mio €. In den Lübecker Nachrichten vom 03.09.2020 erklärte Senator Schindler, dass die SIE daher beantragen wird, die von den Bewohner:innen zu tragenden Entgelte um 25-33% zu erhöhen (500-800€ pro Bewohner:in und Monat).

Hierzu möge der Bürgermeister bitte die folgenden Fragen beantworten:

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.2 Anfrage Michelle Akyurt (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Wirtschaftsplan (SIE) 2021
Vorlage: VO/2020/09480

Vertagt

Beschluss:

In dem Wirtschaftsplan für 2021 wird ausgeführt, dass im Spätsommer/Herbst 2020 Pflegesatzverhandlungen stattfinden/-fanden. Diese werden lt. Wirtschaftsplan mit dem ausdrücklichen Ziel verbunden, eine Kostendeckung der aktuellen Ist-Kosten, soweit gegenüber den Kostenträgern irgend möglich, umzusetzen.

Hieraus ergeben sich nun folgende Fragestellungen:

- 1.) Wie laufen die Pflegesatzverhandlungen ab?
- 2.) Welche Voraussetzungen müssen rechtlich und tatsächlich vorliegen, damit höhere Aufwendungen anerkannt werden?
- 3.) Welche Pflegesatzverhandlungen haben in den vergangenen 10 Jahren stattgefunden? Welche Gründe haben in diesem Zeitraum dafür vorgelegen, dass in den Verhandlungen nicht alle höheren Aufwendungen geltend gemacht wurden?
- 4.) Welche Erfahrungen wurden gemacht, wenn höheren Aufwendungen in den Verhandlungen geltend gemacht wurden? Wurden diese dann anerkannt?
- 5.) Das SGB XI sieht die Möglichkeit eines Schiedsstellenverfahrens vor. Wie läuft ein solches Verfahren? Verfügt die Verwaltung hierzu über praktische Erfahrungen?
- 6.) Gibt es bundesweit Beispiele für Pflegeheime, die bei hohen Kostensprüngen Härtefallregelungen und / oder soziale Staffelungen zur Anwendung gebracht haben? Wen ja: Welche?

Für die gestellten Fragen 1-4 ist zur Darstellung der Antworten die Rechtsanwältin der SIE, die die Pflegesatzverhandlungen führt, als Sachverständige heranzuziehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	X

zu 3.3 NEU: Lübecker Integrationsfonds - geförderte Projekte 2019/2020

Frau Seeberger verweist auf die umverteilte Broschüre „Lübecker Integrationsfonds; geförderte Projekte 2019/2020“ der Stabsstelle Integration.

Auf Anfrage von Herrn Voht erklärt Frau Seeberger, dass die finanzielle Ausgestaltung der Projekte einer sehr flexiblen Handhabung unterliegt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.4 NEU: Mitteilung zur Sanierung des Bodelschwingh Hauses

Frau Schwartz gibt eine Zwischenmitteilung zum Stand der Sanierung des Bodelschwingh Hauses. Der Ausschuss nimmt Kenntnis..

zu 3.5 NEU: Informationen zu Corona-Pandemie in Lübeck

Herr Senator Schindler führt aus, dass zur Unterstützung des Gesundheitsamtes heute zusätzliche Kräfte u.a. aus dem Kreis der Bundeswehr eingetroffen sind. Auf Nachfrage erläutert er, dass bisher keine Schließung von Sozialen Einrichtungen geplant ist und die Meldungen an das RKI immer regelmäßig erfolgen. Das dann ermittelte Werte montags höher sind als in der Woche, scheint dem Wochenende geschuldet zu sein.

Zu den Themenschwerpunkten: Nachverfolgung, Übermittlung von Testergebnissen; städtische Gebiete mit Maskenpflicht sowie telefonische Erreichbarkeit sprechen Herr Müller, Frau Wolter, Frau Friemer sowie Herr Hönel.

zu 3.6 NEU: Anfrage AM Müller zum Treffen mit den AK Soziales

Herr Müller erinnert an das angedachte gemeinsame Treffen mit dem AK Soziales und setzt eine Frist bis zum 25.11.2020 für eine Rückmeldung.

Der stellvertr. Vorsitzende bestätigt die Weitergabe dieser Anfrage an den Vorsitzenden.

zu 4 Berichte**zu 4.1 Vorstellung Projekt: "Verrückt? Na und?"**

Frau Bachmann, Frau Weinmann sowie Frau Mentz stellen das Projekt vor. Herr Müller fragt nach, ob es während der Corona-Pandemie auch stattfinden kann. Frau Bachmann erläutert, dass es verstärkt nachgefragt wird und nach Abgleich der Hygienekonzepte kann dieses auch in der Pandemie stattfinden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Akyurt stellt den Antrag, den TOP 6.2. aufgrund der eingeladenen Gäste vorzuziehen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung entsprechend zu ändern.

zu 4.2 Berichtsauftrag: Senior:innentreffs in Lübeck erhalten und ausbauen Vorlage: VO/2018/06778-01
--

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Berichtsauftrag zu Nr. VO/2018/06778 Seniorentreffs in Lübeck erhalten und ausbauen

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Wirtschaftsplan 2021 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE) Vorlage: VO/2020/09140
--

Beratung siehe TOP 3.1

Beschluss:

1. Es betragen

1.1	im Erfolgsplan	€	
	die Erträge		27.472.600
	die Aufwendungen		29.302.700
	der Jahresgewinn		0
	der Jahresverlust		-1.830.100
1.2	im Vermögensplan		
	die Einzahlungen auf		763.530
	die Auszahlungen auf		763.530
2.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf		0
2.1	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf		0

2.2 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 4.000.000

3. die Stellenübersicht 2021 nebst Änderungsliste (Anlage 8, 8a, 8b).

Der Festsetzung des Wirtschaftsplans 2021 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen im Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales für das Geschäftsjahr 2021 wird gemäß Anlagen 1-12 im Rahmen der Haushaltssatzung 2021 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	5
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2 Dringlichkeitsantrag - Dr. Carsten Grohmann (CDU), Aneta Wolter (CDU), Nil Gersdorf (CDU), Aydin Candan (SPD), Gabriele Ulrich (SPD), Dr. Marek Lengen (SPD), Christian Steen (SPD), Gregor Voht (Freie Wähler): Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung
Vorlage: VO/2020/09488**

Herr Dr. Grohmann trägt kurz vor der Abstimmung den Antrag vor.

Beschluss:

Die Lübecker Bundestagsabgeordneten werden gebeten, sich auf Bundesebene für eine Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung einzusetzen, so dass die zu leistenden Eigenanteile sozialverträglich gestaffelt und gedeckelt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	4
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Aktionsplan Queeres Lübeck
Vorlage: VO/2020/08766**

Herr Hönel erläutert den Antrag der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bedauert, dass es einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion gibt.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen,

der Bürgermeister/ die Verwaltung werden aufgefordert einen Aktionsplan „Queeres Lübeck“ zu entwickeln und diesen zusammen mit einem Zeitplan der Maßnahmenrealisation der Bürgerschaft im ersten Quartal 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Im Rahmen des Aktionsplanes sollen in Zusammenarbeit mit Vereinen, Netzwerken und Akteuren des queeren Lebens (Bsp. Lübecker AIDS-Hilfe e.V., Jugendnetzwerk Lambda::Nord e.V., LSVD Schleswig-Holstein, Lübecker CSD e.V.) Maßnahmen zu folgenden Zielvorstellungen entwickelt werden:

- Abbau von Vorurteilen, Diskriminierung und Gewalt gegenüber LSBTI-Menschen sowie Förderung von Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
- verstärkte kommunale Unterstützung (strukturell und finanziell) von Angeboten und Projekten der Akteure, Vereine und Organisationen innerhalb der queeren Community
- Ausweitung der kommunalen Unterstützung (strukturell und finanziell) hinsichtlich spezifischer Beratungsangebote zur seelischen und sexuellen Gesundheit von LSBTI-Menschen sowie der bedarfsgerechten Beratung transsexueller Menschen, queerer Migrant*innen und Geflüchteter und LSBTI mit Gewalt- und Diskriminierungserfahrung
- Förderung und Umsetzung LSBTI-sensibler Wohnformen und Wohnprojekte
- Förderung und Umsetzung LSBTI-sensibler Altenhilfe und Senior*innenarbeit
- Sensibilisierung von Verantwortlichen und Mitarbeitenden in Verwaltung und bei sozialen Trägern für LSBTI-bezogene Themen
- Verstärkte Sensibilisierung von Jugendhilfe und Jugendarbeit mit dem Problem der LSBTI-Feindlichkeit
- Schaffung und Förderung eigener diskriminierungsfreier Freizeiteinrichtungen und Freizeitangebote für LSBTI-Jugendliche und junge Erwachsene

Entwicklung und regelmäßige Durchführung einer Online-Befragung zur allgemeinen, sozialen und gesundheitlichen Lebenssituation von LSBTI-Menschen in Lübeck mit anschließender Evaluation und Maßnahmenadaptation

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

**zu 6.1.1 AM Candan (SPD): Änderungsantrag zu "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Aktionsplan Queeres Lübeck"
Vorlage: VO/2020/08766-02**

Herr Voht führt noch einmal aus, dass man diesen Antrag in der letzten Sitzung zurückgestellt hat, um die Beratung mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt zusammen vorzunehmen.

Frau Sasse erklärt, dass man sich dem Thema annehmen muss, allerdings ist weder das Fach-Know-How noch womenpower im Frauenbüro dafür vorhanden.

Hierzu sprechen Herr Müller, Herr Dr. Grohmann, Herr Hönel, Herr Voht, Herr Dr. Lengen sowie Herr Dr. Vieler.

Der Antrag zu TOP 6.1 wurde nicht mehr abgestimmt.

Beschluss:

In der letztjährigen Haushaltssitzung der Lübecker Bürgerschaft wurde der interfraktionelle Antrag „Queere Jugendarbeit in Lübeck“ mit der Vorlagennummer „VO/2019/08082 - Haushaltsplan 2020“ beschlossen. Hiernach sollte ein Konzept bereits zur Sommerpause vorgelegt werden. Da dies bislang nicht geschehen ist, erwartet der Sozialausschuss eine zeitnahe Umsetzung.

Darüber hinaus ist die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen eine Querschnittsaufgabe.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, unter Beteiligung der in Lübeck agierenden queeren Vereine, Verbände und Netzwerke einen Aktionsplan „Gleichstellung von LSBTI* zu entwickeln, der u.a. folgende Säulen berücksichtigen soll:

- Aufklärung über die Lebensrealitäten von LSBTI*
- Abbau von Diskriminierungen von LSBTI*
- Empowerment für LSBTI*.

Ziel ist, LSBTI* sichtbar zu machen, Öffentlichkeit zu schaffen, durch Sensibilisierungsmaßnahmen Diskriminierung abzubauen und die Akzeptanz zu fördern. Die Unterstützung der LSBTI* Community und die enge Zusammenarbeit mit der Community soll wesentlicher Bestandteil sein.

Durch die Beteiligung in alle Arbeits- und Lebensbereiche soll ein Bewusstsein für LSBTI* geschaffen werden, damit vorhandene Angebote ausgeweitet und bei neuen Angeboten die Belange von LSBTI* mitgedacht werden. Die Vielfalt der Bereiche, z.B. Jugend, Alter, Behinderung, Sport, Herkunft, Familie, Gesundheit, Arbeit und Kultur zeigt den Umfang der Aufgabe.

Das Ergebnis ist der Bürgerschaft vor der Sommerpause 2021 unter Aufzeigen konkreter Handlungsfelder und Maßnahmen vorzustellen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	7
	Nein-Stimmen	6
	Enthaltungen	1
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN u. DIE LINKE: Haushaltsbegleitbeschluss zu VO/2020/09154 - Haushalt 2021: Zuschusserhöhung Autonomes Frauenhaus

Frau Akyurt stellt den Antrag vor.

Frau Kock vom Autonomen Frauenhaus berichtet, dass die beiden zusätzlichen Wohnungen sowie die notwendigen Honorarkräfte nur bis zum Ende der pandemiebedingten Entzerrung notwendig sind. Herr Senator Schindler versichert die Unterstützung in Zeiten der Pandemie.

Herr Voht stellt klar, dass die Fraktion FREIER WÄHLER sich dem Antrag (TOP 9.8.20 der Bürgerschaftssitzung am 24.09.2020) angeschlossen hat.

Frau Akyurt bittet um eine positive Beschlussfassung, damit die Mittel im Nachtragshaushalt einfließen können.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen, folgende Mittel im Haushalt 2021 zu ordnen:

28.538 € Zuschusserhöhung für das Autonome Frauenhaus zum Betrieb von zwei zusätzlichen Wohnungen (einschließlich Honorar- und Personalkosten)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.3 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Armutsstrategie zum Armuts- und Sozialbericht - sozialräumliche Gliederung
Vorlage: VO/2020/09174

Herr Hönel führt aus, das unter Nummer zwei, 1. Spiegelstrich es „Kinder und Jugendliche“ heißen muss und beantragt die absatzweise Abstimmung.

Frau Schwartz widerspricht der Machbarkeit. Die geforderten Daten werden nur zum Teil städtisch erhoben und können verarbeitet werden. Andere Daten sind andersorts z.B. Jobcenter oder gar nicht erfaßt/bekannt, so das in diesem Umfang eine Umsetzung schlicht nicht möglich ist.

Hierzu sprechen Herr Hönel, Herr Fürst, Herr Dr. Grohmann, Herr Voht sowie Herr Dr. Lengen.

Herr Hönel zieht den Antrag zur absatzweisen Abstimmung wieder zurück.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Die im Rahmen des Armuts- und Sozialberichtes zu erhebenden Sozialdaten sollen in Zukunft für spezifische Sozialräume bzw. Quartiere im Stadtgebiete erhoben werden, um ein realistisches Bild der sozialen Situation besonders armutsgefährdeter Gruppen in den verschiedenen Lebensumfeldern Lübecks darzustellen.

Vor diesem Hintergrund sind die Stadtteile Lübecks auf der Basis räumlicher Gegebenheiten sowie spezifischer soziodemographischer Parameter in verschiedene Sozialräume bzw. Quartiere zu gliedern.

2. Auf der Basis des Beschlusses vom 03.03.2015 (VO/2015/02403) und den Sozialdaten in den einzelnen Quartieren sollen die Handlungsempfehlungen zum Armuts- und Sozialbericht fortlaufend für die einzelnen Sozialräume Lübecks im Rahmen einer integrierten Armutsstrategie für Lübeck dargestellt werden. Die Armutsstrategie ist der Bürgerschaft im Jahr 2021 vorzulegen und soll regelmäßig in 5-Jahres-Intervallen gemäß der soziodemographischen Trends aktualisiert werden.
 - Im Kontext der Armutsstrategie soll insbesondere auf folgende besonders armutsgefährdete Gruppen eingegangen werden;
 - Kinder
 - Frauen
 - Rentner*innen
 - Bei der Bündelung der spezifischen quartiersbezogenen Handlungsempfehlungen sind alle relevante Akteure in den Sozialräumen (z.B. freie Träger, Wohlfahrtsverbände, Pflegedienste, Migrant*innenvereinigungen usw.) sowie relevante Akteure und Gremien der Verwaltung (z.B. Jobcenter, Arbeitsgruppe Leben und Wohnen im Alter usw.) in die Strategieerstellung und Maßnahmenanpassung einzubeziehen.

Es ist darauf zu achten, dass die aktualisierten und neuen Maßnahmen mit den rechtlich gestützten und realisierten Regelmaßnahmen (etwa solchen nach SGB VIII / Kinder- und Jugendhilfe oder SGB II / Arbeitsförderung) sowie bestehenden Angeboten und Konzepten sinnvoll verknüpft werden und keine Doppelstrukturen geschaffen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	9
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.4 Beirat für Senior:innen: AT zu: Folgerungen aus Pflegebedarfsplanung 2017-2030 (VO/2020/09309)
Vorlage: VO/2020/09309-01**

Herr Domeyer vom Beirat für Senior:innen trägt den Antrag vor.

Hierzu bittet Frau Akyurt um die Einschätzung des Bereichs Soziale Sicherung.

Herr Wulft erklärt, das der zweite Workshop der logische nächste Schritt ist.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, aus den Ergebnissen der „Pflegebedarfsplanung 2017-2030“, hier: Handlungsfelder, den Bereich Soziale Sicherung

zung anzuweisen, einen Folgeworkshop zu den Konsequenzen der Pflegebedarfsplanung zu veranstalten. Zu dieser Veranstaltung sollen neben den Vertreter:innen der Bürgerschaftsfraktion, relevante Verwaltungsakteure im Bereich der Pflege sowie alle für die Pflege in der Hansestadt Lübeck relevanten Vereine, Verbände, Träger und Akteure eingeladen werden. Am Ende sollte eine konkrete Liste der priorisierten Ziele für Handlungsaufgaben der Hansestadt Lübeck vorliegen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 Antrag des Beirats für Senior:innen betr. Pflegegeldhöhung in städtischen Alten - und Pflegeheimen
Vorlage: VO/2020/09437**

Beratung siehe TOP 3.1

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

ob die aus den Neuverhandlungen der Pflegesätze (Gesamtheimbeiträge) mit den Kostenträgern zu erwartenden überproportionalen Erhöhungen durch eine stufenweise Anhebung über einen längeren jährlichen Zeitraum sozial verträglich gestaltet werden können.

In diesem Zusammenhang möge der Bürgermeister zeitnah folgende Fragen beantworten:

1. Für welche Bestandteile des Gesamtheimentgelts (Pflegekosten, Unterkunft und Verpflegung, Investitionskosten, Kosten Ausbildung) sind die in der Presse genannten Erhöhungen im Einzelnen in EURO und prozentual beantragt?
2. Wie wirkt sich die beantragte Erhöhung auf den Eigenanteil je Pflegegrad aus?
3. Wurden die Bewohner:innenbeiräte beteiligt, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
4. Im Gegensatz zu freien und privaten Trägern werden die Investitionskosten je Einrichtung unterschiedlich bewertet. Für die städtischen Einrichtungen sind die Investitionskosten alleamt deckungsgleich. Weshalb gibt es keine Differenzierung?
5. Welche Erhöhungen erfolgten in den Jahren 2015 -2019 in EURO und prozentual für die jeweilige städtische Einrichtung und wie hoch waren die jeweiligen Eigenanteile.

6. Gibt es ein Benchmarking für alle Öffentlichen, Freien und Privaten Träger in der Lübecker Altenpflege? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	7
	Nein-Stimmen	5
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

zu 8.1 NEU: Nachfrage zu dem Monitoring zu den Budgetverträgen

Herr Dr. Grohmann fragt in Bezug auf die Budgetverträge nach dem gewünschten Monitoring (SOLL-IST-ABGLEICH), welches er in der Juni-Sitzung bezüglich des Zielerreichungsgrades angefragt hatte. Frau Schwartz erklärt, dass diese Unterlagen im Hause eingesehen werden können.

Herr Müller hinterfragt in diesem Zusammenhang den Sachstand zum I-Pool. Frau Schwartz informiert hierzu.

zu 8.2 NEU: Sitzungstermine 2021

Der stellvertr. Vorsitzende verweist auf die neuen Sitzungstermine 2021, die umverteilt wurden.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 20:07 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 20:08 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Nichtöffentlicher Teil:

zu 10 Genehmigung der Niederschrift

zu 10.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.09.2020

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 11 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 12 Berichte

zu 13 Beschlussvorlagen

zu 14 Verschiedenes

Es liegt nichts vor. Die Sitzung endet um 20:09 Uhr.

Öffentlicher Teil:

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Lübeck, den 23. November 2020

Aydin Candan
Vorsitz

Gitte Timmermann
Protokollführung